

Fachtagung: Klimawandel und Klimaschutz geschlechtergerecht. Stärkung der Geschlechterperspektive in der Entwicklungszusammenarbeit.

16.11.2010, Bonn, Gustav-Stresemann-Institut

Tagungsbericht

Zusammenfassung

Die Fachtagung „Klimawandel und Klimaschutz geschlechtergerecht. - Stärkung der Geschlechterperspektive in der Entwicklungszusammenarbeit“ fand am 16. November im Gustav Stresemann Institut in Bonn statt.

Während bei den Klimaverhandlungen 2009 in Kopenhagen kein völkerrechtlich verbindliches Abkommen erzielt wurde, wurden von der nächsten internationalen Klimaverhandlungen in Cancun Einigungen zu einzelnen Themenbereichen der Klimapolitik, wie Finanzierung, Anpassung und REDD, mit starker entwicklungspolitischer Komponente erwartet. Daher sollte im Rahmen der Tagung darüber informiert werden, wie es aktuell um die Integration der Genderperspektive auf der internationalen Ebene steht. Der Schwerpunkt lag allerdings bei der deutschen Entwicklungszusammenarbeit hinsichtlich ihrer Berücksichtigung von Genderaspekten bei Klimaschutz- und Klimaanpassungsprogrammen und -projekten.

Rund 60 TeilnehmerInnen nahmen die Vorträge zu den Erfolgen und Hemmnissen der Integration der Genderperspektive in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Interesse auf und diskutierten, wie vor dem Hintergrund des Klimawandels Genderaspekte in der deutschen Kooperation mit internationalen Partnern gestärkt werden können.

Die zentralen Themen der Tagung waren:

- Einbindung der Genderperspektive in die aktuelle internationale Klimapolitik
- Strategien zur Verankerung von Genderaspekten in der Klimapolitik und in Anpassungsprojekten
- Handlungsmöglichkeiten auf der internationalen, regionalen und nationalen Ebene zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in konkreten in klimapolitischen Maßnahmen

Obwohl die TeilnehmerInnen eingangs sehr unterschiedliche Vorkenntnisse zu der Verbindung von Gender und Klima hatten, kam es dank komprimierter Inputs zu einer lebhaften Diskussion. Darin wurde deutlich, dass es einen Konsens zur notwendigen Integration von Geschlechtergerechtigkeit bei den Reaktionen auf den Klimawandel gibt und dass zur Durchsetzung auf unterschiedlichen Ebenen die Zivilgesellschaft besonders unterstützt werden muss.

Erster Teil: Die Einbindung der Genderperspektive in die aktuelle Klimapolitik auf internationaler und nationaler Ebene

Keynote: Gotelind Alber (GenderCC / UNFCCC Women & Gender Constituency)

stellte bei ihrer Einführung in die Klimaverhandlungen fest, dass weder in der Klimarahmenkonvention (1992) noch im Kyoto-Protokoll (1995), noch in den offiziellen klimapolitischen Arbeitsprogrammen „Gender“ beachtet wird. Erst bei der 13. Vertragstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention wurden mit der Verabschiedung des Bali-Aktion-Plans Verhandlungen über die Klimapolitik ab 2012 begonnen, die soziale Aspekte einschließen. Der Bali-Aktion-Plan fungierten als Startschuss für das zunehmend professionelle Engagement vieler Frauen und GendervorteilerInnen, die schließlich 2009 vom Klimasekretariat als eigene Interessengruppe anerkannt wurden. Dies habe, so Alber, eine deutlich höhere Sichtbarkeit und verbesserte Einflussmöglichkeiten, aber auch neue Anforderungen mit sich gebracht. Die nächsten Schritte zur Verankerung der Genderperspektive auf internationaler Ebene seien die Verteidigung der Verweise auf Geschlechtergerechtigkeit im aktuellen Entwurf der Arbeitsgruppe zu langfristiger Zusammenarbeit (Ad-Hoc Workings Group on Longterm Cooperative Action), sowie die Inklusion der Genderperspektive in die Finanzierung und den Klimaschutz (Mitigation). Frauen müssten außerdem ihre substanziellen Forderungen an die Klimapolitik, wie den Ausschluss von Risikotechnologien und die Betonung der Synergieeffekte nachhaltiger Klimaschutzmaßnahmen für die Entwicklung, durchsetzen. (Die Präsentation ist verfügbar unter www.genanet.de/klima.html)

Podiumsdiskussion: Erfolge und Hindernisse bei der Förderung von Geschlechter- und Klimagerechtigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit

Agnes Oetzberger führt gegenwärtig eine Studie zur Verknüpfung von Gender und Klima für DFID (GB) durch und stellte einige Ergebnisse vor. Demzufolge ist die Themenverknüpfung von Gender und Klimawandel in der Entwicklungspolitik nicht mehr so neu und nicht mehr unbedingt ein Minderheitenthema, aber teilweise sehr diffus. Auf konkrete Nachfragen hätten sehr viele Organisationen bestätigt, dass sie sich mit Gender and Development beschäftigen. Real arbeiteten die meisten Organisationen aber eigentlich im Bereich Women and Development: Frauen werden sehr oft als Opfer gesehen und als besonders verwundbar durch den Klimawandel dargestellt. Der programmatische Fokus liege meist auf Frauen als passive Empfängerinnen von Programmleistungen. Daneben gibt es inzwischen Monitoring und Evaluation, teilweise anhand geschlechterdisaggregierter Daten. Die Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich auf die Anpassung an den Klimawandel, während sehr wenig im Bereich Klimaschutz / low-carbon development unternommen werde. Eine sehr einseitige Vorstellung von Frauen im Klimawandel dominiere: Typisch sei das Bild der Frau, die mit dem großen Bündel Holz auf dem Kopf oder auf der Suche nach Wasser durch verkarstete Landschaften wandert. Damit im Zusammenhang stehe implizit die Unterstellung, dass Gender nur auf der lokalen Ebene relevant ist. Dagegen gäbe es sehr wenig Ansätze, um Geschlechtergerechtigkeit auf der regionalen / internationalen Ebene zu verankern. Außerdem gäbe es bis dato wenig Erfahrungen damit, was Geschlechtergerechtigkeit für die Konzeption von NAMAs¹ und NAPAs², also für konkrete Klimapolitik auf nationaler Ebene, heißt. In klimapolitischen Entwicklungsprogrammen, die sich mit der Ge-

¹ National angepasste Maßnahmen des Klimaschutzes

² Nationale Aktionspläne zur Anpassung an den Klimawandel

schlechterdimension auseinandersetzen, seien Aspekte wie Emissionsvermeidung durch erneuerbare Energien und Technologietransfer unterbelichtet. Einerseits seien beides institutionell stark männlich dominierte Themenfelder und andererseits herrsche die Vorstellung, dass Frauen nicht technologieaffin sind, vor. Der Klimawandel sei an sich für die Entwicklungszusammenarbeit noch ein ziemlich neuer Bereich, so dass Klimaschutz und Anpassung selbst in der Entwicklungszusammenarbeit noch verankert werden müssen.

Sabine Gürtner leitet das BMZ Sektorprogramm „Sektorprogramm Gleichberechtigung der Geschlechter und Frauenrechte fördern“ und war an der Entwicklung des Gender-Aktionsplans (2009-2012) des BMZ beteiligt. Der Plan basiert auf dem Menschenrechtsansatz und fokussiert auf vier Teilgebiete: wirtschaftliche Teilhabe; Frauen in Konflikten; sexuelle / reproduktive Gesundheit; und geschlechtsspezifische Antworten auf den Klimawandel finden. Im Rahmen der internationalen Kooperation gilt der Klimawandel als Entwicklungshemmnis. Mittlerweile nimmt die EU den Klimawandel außerdem als eine der größten sicherheitspolitischen Bedrohungen wahr, weil er verstärkte Migration in die EU auslöst. Frauen werden vor allem als Betroffene gesehen: Ihr Zugang zu Wasser, Nahrung, Haushaltsenergien und Gesundheit wird durch den Klimawandel eingeschränkt und sie leiden in besonderem Maße unter den Auswirkungen von Naturkatastrophen. Dadurch haben sie weniger Zeit für wirtschaftliche Tätigkeiten, was die Entwicklung insgesamt hemmt. Daher würden einerseits die Verbreitung neuer Technologien, wie Solarkocher, und der Ausbau der Trinkwasserversorgung unterstützt. Andererseits fördere die GTZ praxisrelevante Forschung, wie aktuell im Rahmen eines Projektes mit BRIDGE an der Universität von Sussex. Ziel sei, die Potenziale von Frauen stärker zu nutzen und sie stärker in die Green Economy einzubeziehen. Daher sollen erneuerbare Energien für bereits durchgeführte Tätigkeiten verfügbar gemacht werden (z.B. Solarlampen für Marktstände). Darüber hinaus werde die Zusammenarbeit der verschiedenen relevanten Abteilungen gefördert, um die Kohärenz der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. Ein Schwerpunkt seien dabei Landrechte, weil sie als grundlegende Voraussetzung für die wirtschaftliche Aktivität von Frauen auf dem Land und damit als notwendig für weitere Entwicklung gelten.

Carsta Neuenroth von Brot für die Welt stellte vor, wie Geschlechtergerechtigkeit im Rahmen der Entwicklungsarbeit der Organisation umgesetzt wird. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, mit KollegInnen, die themenspezifisch arbeiten, gemeinsam zu überlegen, wie ihre Arbeit geschlechtersensibler gestaltet werden kann. An sich habe ihre Stelle als Genderkoordinatorin mit dem Klimawandel aber erstmal nichts zu tun: In der Standortbestimmung zum 50. Geburtstag von Brot für die Welt sei festgeschrieben, dass gleiche Lebenschancen und gleiche Lebensbedingungen für Frauen und Männer hergestellt werden sollen. Dazu seien Veränderungen der gesellschaftlichen Vorstellung von Männlichkeit notwendig, weswegen sowohl Frauen als auch Männer im Rahmen des Genderprogrammes angesprochen würden. Der EED und Brot für die Welt haben eine gemeinsame Genderstrategie mit dem Titel „Wir schließen die Lücke zwischen Theorie und Praxis“ entwickelt. Sie zielt auf die Stärkung der Gender-Kompetenz in den eigenen Häusern, bei den Partnern vor Ort und in der öffentlichen Kommunikation ab. Frau Neuenroth profitiert in ihrer Arbeit von dem ‚Impact Assessment zu Frauen im Entwicklungsprozess‘, das anlässlich 50 Jahren Brot für die Welt durchgeführt wurde. Unterstützt wird sie durch die Begleitgruppe Gender. Deren Mitglieder sind MitarbeiterInnen aus allen Referaten bei Brot für die Welt, damit das Genderthema in alle Abteilungen getragen wird. 2004 war die Fachstelle Genderkoordination abgeschafft worden, weil angenommen wurde, dass die Begleitgruppe den Bereich selbständig abdecken könnte. Es habe sich jedoch gezeigt, dass zur Verankerung von Gender eine konkrete Stelle notwendig ist, so dass die Stelle 2009 wieder eingerichtet wurde. Gender werde im Grundsatzprogramm von Brot für die Welt, in allen Planungen, Berichten und Stra-

tegien beachtet und es gäbe Fortbildungen und Studientage zu Genderaspekten für die MitarbeiterInnen der Organisation. Am besten sei das Thema gegenwärtig in der Projekt- und Programmarbeit verankert, da alle Partnerorganisationen organisatorisch und in ihren Vorschlägen Kriterien von Geschlechtergerechtigkeit erfüllen müssen. Außerdem sind geschlechterspezifische Zielgruppen- und Situationsanalysen Pflicht. Besonders wichtig für Brot für die Welt sei aus Genderperspektive der Themenkomplex HIV/AIDS und häusliche Gewalt. In der Arbeit der Organisation spielen die Menschenrechte, natürlich Ernährungssicherheit und der Klimawandel eine wichtige Rolle.

Fragen / Diskussion

Zwei Themenkomplexe bestimmten die Diskussion über die Einbindung von Gender in die Entwicklungszusammenarbeit vor den Herausforderungen des Klimawandels: 1. Die unterschiedlichen Ansprüche im Norden, wo man eher die Geschlechterverhältnisse ändern will, und im Süden, wo zunächst die Verbesserung der konkreten Situation von Frauen angestrebt wird; 2. die Frage nach Leuchttürmen und Hindernissen bei der Umsetzung der jeweiligen Ziele.

Als besondere Schwierigkeit wurden a) die multidimensionalen Anforderungen an die Entwicklungsarbeit; b) mangelndes Wissen um die konkreten Folgen von Veränderungen des Geschlechterverhältnisses; sowie c) der Mangel an finanziellen Ressourcen im Bereich Mainstreaming beschrieben.

zu a) Eine Schwierigkeit ergebe sich aus den mehrdimensionalen Anforderungen an die Entwicklungszusammenarbeit. Ein gute Politik allein sei nicht genug: Im Zusammenhang mit Mainstreaming sei sehr wichtig, dass die Verantwortlichkeiten der einzelnen Abteilungen und eine klare Führungsrolle festgelegt sind. Die Kommunikation der Verantwortlichen sei ebenfalls von größter Bedeutung: Zwar gäbe es viele focal points, die miteinander sehr gut kommunizieren, aber diese Erkenntnisse aus Zeitmangel nicht an ihre Mitarbeiter weitergeben. Gendermainstreaming könne nicht auf freiwilliger Basis umgesetzt werden, sondern bedürfe adäquater Ressourcen, die von Anfang an in den Budgets eingeplant werden müssen. Gendermainstreaming müsse daher auch in die jeweiligen Arbeitsbeschreibungen aufgenommen werden. Es gäbe bis dato keine Projekte, die alle Zieldimensionen, z.B. Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit, umsetzen können. Allerdings gäbe es verschiedene Versuche, mehrere Prozesse zu verknüpfen. Oft blieben solche Versuche jedoch an der Oberfläche. Daher sei eine Doppelstrategie nötig: Einerseits Gender in bestehende Prozesse einzubauen, aber es auch mit eigenen Ressourcen als besonderes Themenfeld zu behandeln.

zu b) Insgesamt wurde deutlich, dass neben der Stärkung der ökonomischen Teilhabemöglichkeiten von Frauen durch Entwicklungshilfe, Geschlechtergerechtigkeit auf der juristischen Ebene durchgesetzt werden muss. Angesichts der wachsenden Rolle privater Akteure sei politischer Druck für die Verbesserung der rechtlichen Lage von Frauen notwendig, da es von privater Seite inoffiziell oft heiße, dass man sich nicht gern mit Gerechtigkeitsfragen auseinandersetzt. Es sei allerdings noch unklar, welche Auswirkungen die Klimapolitik bzw. die Veränderung der Geschlechterverhältnisse auf Männer hat. Beispielsweise zeigt sich oftmals, dass Männer gegen Frauen, die wirtschaftlich erstarben, oft gewalttätig werden.

In der Diskussion ergab daraufhin sich die Frage, welche Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit denn geschlechtergerecht zum Klimaschutz beitragen könnten. Dazu wurde festgestellt, dass mehr Initiativen im Bereich Micro-Hydro und Minigrids nötig seien, da diese viel bessere Ergebnisse zeigten, als die Verteilung von Solarkochern. Außerdem sollten Männer stärker einbezogen werden, damit die Technologien nicht nur da seien, sondern auch genutzt werden. Die Einbindung junger Frauen als System-Operator würde ihnen Unterstützung durch ihre Gemeinschaften und Ansehen,

sowie mehr Respekt von Männern verschaffen.

Bisher werde das nationale Niveau nicht ausreichend beachtet: Der Klimawandel sei nicht nur Aufgabe der jeweiligen Entwicklungsministerien, sondern auch Sozial-, Gesundheits- und Verkehrsministerien müssten eingebunden werden. Eine stärkere Konzentration auf die jeweilige nationale Ebene verspräche nachhaltige Erfolge für die Umsetzung einer klima- und gendergerechten Entwicklungspolitik.

zu c) Alle Programme im Bereich Energie und Transport sollten systematisch gender budgeting und gender auditing anwenden. Auch auf internationaler Ebene müssen gut koordinierte Initiativen darauf hinwirken, dass neben dem Klimasekretariat auch die internationalen Finanzorganisationen Geschlechtsbewusstsein entwickeln, da über sie in naher Zukunft eine massive Umwälzung nationaler Budgets hin zum Klimawandel stattfinden wird. Die Bereiche Bildung, Gesundheit etc. könnten sonst darunter leiden. Ein Leuchtturm sei die japanische Entwicklungsorganisation JICA. Obwohl sie den Klimaprozess mitfinanziere, sei sie weitgehend unsichtbar. Die Organisation unterhalte ein Afrika-Adaptation-Programm, in dessen Rahmen zwanzig Länder Unterstützung bei Entwicklung ihrer NAPAs bekämen. Dabei würden gezielt GenderexpertInnen finanziert, die dabei helfen, bestehende Politiken und Pläne geschlechtergerecht zu machen. Zu nennen seien auch die Rollen von DFID und NORAD in der Forschung zum Thema Gender und Climate Change. Forschungslücken beständen jedoch im Bereich kohlenstoffarme Entwicklung auf Gemeinschafts- und nationaler Ebene.

Schließlich wurde diskutiert, wie die Arbeit von Organisationen, die sich mit der Bevölkerungsentwicklung befassen, im Klimaprozess aus Geschlechterperspektive bewertet wird. Zusammengefasst gäbe es zwei Sichtweisen auf Familienplanung in der Klimapolitik: Geberorganisationen fragen nach der Bedeutung der Bevölkerungsentwicklung für den Klimawandel und verfolgen insgesamt das Ziel, ihr Geld möglichst effektiv einzusetzen. Eine aktuelle Studie der Weltbank stellt fest, dass die Bildung von Mädchen zu Fragen der Familienplanung für den Klimaschutz vier mal so viel erreichen könnte, wie REDD. Allerdings bezieht sich diese Weltbankstudie auf Äthiopien, eines der ärmsten Länder der Welt mit den geringsten Pro-Kopf-Emissionen, weshalb der Beitrag zum Klimaschutz eher gering sei. Weil die Länder mit der höchsten Geburtenrate gerade die mit den geringsten Emissionen sind, ist Familienplanung keine sinnvolle Klimaschutzmaßnahme. Es besteht außerdem die Gefahr, dass Familienplanung losgelöst von den seit vielen Jahren geforderten ‚reproductive rights‘ von Frauen betrachtet werden und dass andere (Frauenrechts-) Maßnahmen zugunsten von Familienplanung gekürzt werden. Eine Kombination der Themenbereiche Familienplanung / Bevölkerungswachstum und Klimaschutz ist auch aus ethischer Perspektive sehr schwierig und entsprechende Programme würden von vielen Menschen mit Zwangsterilisierungsprogrammen assoziiert.

Zweiter Teil: Konkrete Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit und notwendige nächste Schritte

Die jeweiligen Präsentationen sind auf der Webseite www.genanet.de/klima.html verfügbar.

Seema Gaikwad stellte erfolgreiche Initiativen von CARE Bangladesch zu geschlechtergerechter Anpassung an den Klimawandel vor. Nach einer detaillierten Darstellung der Auswirkungen des Klimawandels auf Bangladesch und der marginalisierten Situation von Frauen, unterstrich sie, dass die geschlechtergerechte Anpassung an den Klimawandel seine negativen Folgen zwar mindern, aber nicht eliminieren kann. Daher seien Klimaschutzmaßnahmen durch industrialisierte Länder existenziell. CARE habe sehr erfolgreich Projekte zur Kultivierung von Nahrungsmitteln auf schwimmenden Plattformen im Land verbreitet, was die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung auch bei Fluten sicherstellt. Außerdem seien lokale Initiativen von Frauen gefördert worden, wie die Aufzucht von Enten statt Hühnern, weil Enten im Gegensatz zu Hühnern schwimmen können, oder das Anpflanzen von Kürbissen, die relativ flutresistent sind. Eine weitere erfolgreiche, wenn auch ungleich teurere Maßnahme sei das Bauen von Häusern auf Plattformen. Dies begünstige besonders Frauen, weil sie im Krisenfall dafür verantwortlich seien, das Hab und Gut der Familie in Sicherheit zu bringen und weil Notunterkünfte ihren Bedürfnissen oftmals nicht entsprächen. Somit könnten sie sich nun in ihrem eigenen Haus in Sicherheit bringen.

Chinwe Ifejika Speranza sprach über die besonderen Auswirkungen des Klimawandels und der Klimapolitik auf die Bauern in Afrika südlich der Sahara. Beratungsangebote im Zuge von Klima- und Entwicklungspolitiken würden besonders von Männern wahrgenommen; Frauen hätten keinen Zugang zu den sowieso spärlichen landwirtschaftlichen Krediten; sie hätten schlechteren Zugang zu Informationen; und sähen sich verstärkt einer Doppelbelastung aus steigender alltäglicher Versorgungsarbeit und notwendiger Erwerbsarbeit gegenüber. Frauen seien sozial weniger mobil als Männer und hätten aufgrund ihrer schlechteren Bildung kaum Möglichkeiten, in einem anderen als dem landwirtschaftlichen Sektor Arbeit zu finden. Es gäbe unterschiedliche Anpassungsmaßnahmen von Frauen und Männern, da Frauen kulturell bedingt eingeschränkt seien. Die Entwicklungspolitik berücksichtige diese Unterschiede kaum und es gäbe nur wenige Politikinstrumente, die sowohl Gender als auch Klima adressieren. Die spezifische Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern werde nicht bedacht. Ein Beispiel seien verbesserte Maissorten: Diese mögen zwar den Ertrag steigern, aber erstens gäbe es oft nicht genug Maismühlen, um den Mais zu verarbeiten, und zweitens schmecke der genetisch veränderte Mais nicht gut. Statt Frauen zu konsultieren, befürworteten männliche Dorfälteste die meisten Entwicklungsmaßnahmen. Politik würde leider meist von oben nach unten konzipiert, d.h. in der Hauptstadt erarbeitet und dann durch viele Personen gefiltert lokal umgesetzt.

Schirin Salem von der GTZ wertete verschiedene klimapolitische Entwicklungsprojekte hinsichtlich ihrer Genderdimension aus. Dabei verwies sie darauf, dass die Anpassung an den Klimawandel und der Klimaschutz sehr neue Themen für die Entwicklungszusammenarbeit seien, so dass noch kaum definitive Aussagen zu den konkreten Wirkungen der einzelnen Projekte auf die Situation von Frauen gemacht werden könnten. Sie ging konkret auf drei von zehn Projekten der GTZ ein, die sowohl dem Klimaschutz bzw. der Anpassung an den Klimawandel dienen, als auch Geschlechtergerechtigkeit fördern sollen. In Marokko trägt die GTZ zum Schutz natürlicher Ressourcen und der biologischen Vielfalt bei, indem in Kooperation mit dem Frauenverband UCFA die Arganölproduktion unterstützt wird. Ein Unternehmen mit Biozertifizierung vermarktet das Öl, in dessen Herstellungsprozess ausschließlich Frauen eingebunden sind, nun weltweit, was gleichzeitig zum Schutz der Arganbäume

beiträge. In der Dominikanischen Republik wurden zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung Gewächshäuser gebaut, welche der verstärkten Verwendung von Wasser und Dünger vorbeugen. Frauen, die für die Nahrungsmittelversorgung verantwortlich seien, profitierten besonders. Außerdem richteten sich Bildungsprogramme im Zuge des Projektes besonders an sie. Im Mekong Delta schließlich wurde ein gendersensibler Wassernutzungsplan erarbeitet, dessen Erarbeitung Frauen in jedem Schritt berücksichtigte.

Abschlussrunde: Was ist zu tun, woran müssen wir weiterarbeiten, was gibt es für neue Ideen?

Die abschließende Diskussion fokussierte zunächst auf die Bedeutung der lokalen Ebene und die Transformation von positiven wie negativen Projektergebnissen auf die internationale Ebene, deren Vorschläge und Maßnahmen viel zu wenig auf konkreten Erfahrungen beruhen. Für die lokale Ebene brauche man auch Kurz- und Langzeitprogramme für die Kommunikation. Der Unterhaltungsfaktor müsse dabei stärker in Betracht gezogen werden.

Beim Thema Gender, aber schon bei sozialen Dimensionen von klimapolitischen Maßnahmen gibt es erhebliche Verständnis- und Wissenslücken vor allem in der Wirtschaft und bei Internationalen Finanzinstitutionen, wurde festgestellt. Hier müsse die Kommunikation verstärkt und den Unternehmen verdeutlicht werden, was der Mehrwert der Gender- oder der sozialen Dimension ist. Vor dem Hintergrund, dass 80% der weltweit zur Verfügung stehenden Gelder für den Klimaschutz/die Anpassung über die Weltbank oder ähnliche Institutionen verteilt und der Privatsektor bei der Umsetzung eine immer größere Rolle spielt, müssen Gender-Kommunikationsstrategien für diesen Sektor überlegt werden. Ob es sinnvoll ist, die Worldbank zu ‚gendern‘, die auf der anderen Seite viele Projekte fördert, die sowohl dem Klima als auch der Gerechtigkeit und lokalen Gemeinschaften schaden, oder ob hier nicht grundlegende Wechsel innerhalb der Systeme angestrebt werden müssen, wurde kontrovers diskutiert. Auch wenn die meisten Diskussionsbeiträge dem Systemwandel zustimmten, so brauche dieser doch Zeit - und schließlich sei auch die Worldbank nur so stark wie die Geberländer. Damit wurde der Ball wieder auf die nationale Ebene und die Lobbyarbeit in der nationalen Politik zurückgespielt.

Grundsätzlich stelle sich die Frage, wie die Klimafonds in die richtige Richtung gelenkt werden können, und ob der entwicklungspolitische Markt diese neuen Mittel überhaupt absorbieren kann? Es gibt die Forderung, dass 20-30% aller Gelder im Klimaregime an Frauenprojekte oder von GenderexpertInnen entwickelte Projekte gehen sollen. Auch wenn dies erstmal nicht so sein wird, stellt sich doch die Fragen, ob wir die Mittel dann eigentlich sinnvoll umsetzen könnten? Sehr viele dieser Gelder werden über marktbasierende Mechanismen vergeben. Wie können wir da die Regeln so setzen, dass das Schlimmste vermieden wird. Vor zehn Jahren gab es Diskussionen, wie soziale und Genderstandards gesetzt werden können. Jetzt geht es um programmatische CDM. Wollen/sollen Frauen da mit rein? Wenn ja, dann muss man sich relativ schnell überlegen, wie. Erfahrungen aus dem Waldbereich zeigen, dass es dort oft besser ohne zusätzliche Gelder läuft. Trotzdem sollten Frauen von den Fonds profitieren - und wenn es nur darum geht, dass weniger Geld in die falschen Kanäle fließt.

Im Wesentlichen war man sich nach einer lebhaften Diskussion einig, dass 1) auf allen Ebenen für eine besseren Integration von Genderaspekten gekämpft werden muss, 2) zusätzliche und spezielle Ressourcen für die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit bereit gestellt werden müssen, und 3) sowohl innerhalb des Klimaprozesses, als auch außerhalb politischer Druck aufgebaut werden muss.

Abschließend stellen Ulrike Röhr als Vertreterin der Organisationen, die die Tagung organisiert haben und Sabine Gürtner, GTZ, fest, dass eine kontinuierliche Zusammenarbeit notwendig ist, um die vielen offenen Fragen und konkreten Unterthemen weiter zu diskutieren, Positionen und Vorschläge zu erarbeiten und diese umzusetzen. Immens wichtig sei die Stärkung der Zivilgesellschaft in den Partnerländern, aber auch in Deutschland. Konkreter Vorschlag ist eine weitere Konferenz im kommenden Jahr, bei der Projekte verschiedener Partnerorganisationen genauer betrachtet werden könnten. Als wichtigsten Aspekt für die Zukunft empfinden beide die stärkere Vernetzung der Zivilgesellschaft untereinander, um den politischen Druck auf die jeweiligen nationalen Regierungen und die Verhandlungsdelegationen zu verstärken. Dabei sei das Engagement außerhalb des formalen Prozesses entscheidend, wo auch eine gute Kooperation zwischen Nichtregierungs- und Regierungsorganisationen möglich sei.